

1 Antrag an die Kreismitgliederversammlung am 21. September 2024

2 Antragsteller: Kreisvorstand

3

4 **Genoss*innen aktivieren. Partei erneuern. Wähler*innen zurückgewinnen.**

5

6 **Politische Ausgangslage**

7 Wir leben in einer Zeit, in der sich verschiedene Krisen gleichzeitig ereignen: Kriege,
8 Klimakatastrophe, Rechtsruck. In Deutschland waren im Jahr 2023 gut 17,7 Millionen
9 Menschen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Das waren 21,2 Prozent der
10 Bevölkerung. Knapp 2,1 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in
11 Deutschland waren 2023 armutsgefährdet. Gleichzeitig gingen die Mietpreise und
12 Lebenshaltungskosten in die Höhe. In den letzten 10 Jahren stiegen die
13 Angebotsmieten in Hannover um 55 Prozent. Lebensmittel kosten heute knapp 30
14 Prozent mehr als vor drei Jahren.

15

16 Statt sich um diese sozialen Probleme in unserem Land zu kümmern, diskutieren alle
17 Parteien außer der Linken wie Geflüchtete mit der Bezahlkarte und Erwerbslose durch
18 Verschärfung der Sanktionen drangsaliert werden. Die Debatte über die Bezahlkarte
19 oder zu den angeblichen Totalverweigerern beim Bürgergeld dient lediglich zur
20 Ablenkung vor den wirklichen sozialen Problemen im Land. Keinem Menschen wird es
21 sozial und finanziell besser gehen, wenn Erwerbslose härter sanktioniert werden. Mit
22 dieser reaktionären Debatte soll eine Diskussion über Besteuerung von Reichen und
23 einer sozialen Umverteilung von Reichtum vermieden werden.

24

25 Gleichzeitig leiden viele Menschen unter hohen Mieten. Diese fressen mittlerweile im
26 Durchschnitt etwa ein Drittel der Einkommen auf. In Hannover und Region sind kaum
27 bezahlbare Mietwohnungen zu finden. Olaf Scholz versprach vollmundig, mehr als 20
28 Milliarden für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Was gut klang, ist
29 aber Augenwischerei. 100.000 neue Sozialwohnungen pro Jahr versprochen die SPD
30 und Olaf Scholz. Lediglich 27.000 Wohnungen wurden 2023 neu gebaut. Ende 2023
31 gab es bundesweit noch 1,07 Millionen Sozialwohnungen. Das sind 15.300 weniger
32 als im Jahr 2022. Anfang der 1990er Jahre gab es rund drei Millionen
33 Sozialwohnungen in Deutschland. Davon ist nur ein Drittel übrig. Gleichzeitig sind 100
34 Milliarden Sondervermögen für Bundeswehr und Aufrüstung für die Ampel und die
35 CDU kein Problem.

36

37 Die Liste sozialer Probleme im Land lässt sich weiter fortsetzen. Obwohl eine starke
38 sozialistische Partei gerade in diesen Zeiten bitter nötig wäre, geben unsere letzten
39 Wahlergebnisse Grund zur Sorge. Das bundesweite Wahlergebnis der Linken bei der
40 Europawahl war ein Desaster. Unsere Partei hat ihren Stimmenanteil mit 2,7 Prozent
41 bundesweit halbiert, mit 2 Prozent läuft sie im Westen unter Sonstigen. Im Osten
42 waren die Verluste besonders heftig – in allen Flächenbundesländern außer in
43 Thüringen liegt Die Linke derzeit unter 5 Prozent, was auch hier vor allem an den
44 weniger katastrophalen Ergebnissen in den Städten liegt. Gleichzeitig erleben wir ein
45 Erstarren rechter Parteien.

46

47 In der Region Hannover erhielten wir bei der Europawahl 2,7 Prozent (15.086
48 Stimmen) und in der Stadt Hannover 4,0 Prozent (9.784 Stimmen). Dabei sind unsere
49 Ergebnisse auch in unseren bisher starken hannöverschen Stadtteilen gesunken:
50 Linden-Limmer (10,58 Prozent), Nordstadt (7,98 Prozent), Mitte (4,92 Prozent).

51

52 Die Gründe für das schwache Abschneiden unserer Partei sind vielfältig und bedürfen
53 einer breiten aber solidarischen Diskussion innerhalb der Bundespartei.
54 Zusammenfassend halten wir fest, dass ein wesentlicher Markenkern unserer Partei
55 im Bereich der sozialen Gerechtigkeit bei den Wähler*innen verloren gegangen ist.
56 2024 sahen nur noch sechs Prozent der Wähler*innen die Linke als die in diesen
57 Fragen kompetenteste Partei (2019: 15 Prozent, 2021: 11 Prozent). Das ist auch
58 deswegen dramatisch, weil sich damit eine Kompetenzlücke neben der SPD öffnet,
59 die in den nächsten Jahren neu zu vergeben ist.

60

61 Ein weiterer Grund für unser Abschneiden bei den Europawahlen ist die
62 Vielstimmigkeit unserer Partei zum Krieg in der Ukraine und in Nahost. Auch die Rolle
63 als Protestpartei scheint uns abhanden gekommen zu sein.

64

65 Angesichts dieser Entwicklung müssen wir uns als Kreisverband in den kommenden
66 Jahren auf unsere Kernthemen besinnen, Vertrauen und Glaubwürdigkeit
67 zurückgewinnen sowie Kompetenzen aufbauen im Kampf gegen Armut, um günstige
68 Mieten sowie günstigen und sozialen ÖPNV. Der Kampf für eine gesunde Umwelt,
69 gegen die drohende Klimakatastrophe und für ein gleichberechtigtes Zusammenleben,
70 unabhängig von Herkunft, Aussehen und Geschlecht sind wie bisher wichtige
71 Markenzeichen der Linken. Der vorliegende Antrag dient der politischen
72 Schwerpunktsetzung für den Zeitraum September 2024 bis zur Bundestagswahl 2025.

73

74 **Entwicklung des Kreisverbandes**

75 Der Bruch des Wagenknecht-Lagers mit unserer Partei ist auch an uns als
76 Kreisverband nicht spurlos vorbei gegangen. Er führte zum Weggang von BSW-
77 Anhänger*innen und dem Verlust einiger kommunaler Mandate. War die Trennung
78 einerseits politisch folgerichtig, führt sie andererseits aufgrund wegfallender
79 Mandatsträger*innenabgaben zu erheblichen Einbußen bei unseren Kreisfinanzen.
80 Gleichzeitig traten seit Oktober 2023 über 120 neue Genoss*innen in unseren
81 Kreisverband ein. Die Welle an Neueintritten gleicht die Anzahl der Austritte um das
82 Doppelte aus, sodass der Kreisverband sich deutlich positiv weiterentwickelt.

83

84 Durch die Welle an Neueintritten konnten einige Basisorganisationen reaktiviert (Mitte-
85 Vahrenwald-List, Linden, Südstadt) bzw. neugegründet werden (Wunstorf-Neustadt).
86 Seit November 2023 werden unsere Social-Media-Kanäle erfolgreich bespielt, um
87 unsere Mitglieder und Sympathisant*innen mit unseren Inhalten zu erreichen. Zwei
88 Mal im Monat trifft sich ferner unsere stadtteilübergreifende Aktivengruppe zum
89 politischen Austausch und Planung eigener Aktivitäten. Alle zwei Monate findet das
90 Treffen unserer Kommunal-AG statt.

91

92 Um unseren Kreisverband weiterzuentwickeln, müssen auch unsere Schwächen
93 benannt werden: Unser Kreisvorstand ist weiterhin nicht voll besetzt. Vier Plätze für
94 Genossinnen sind weiterhin frei. Dadurch lastet die politische Arbeit im Kreisvorstand
95 auf zu wenigen Schultern. Viele Basisorganisationen treffen sich unregelmäßig und
96 entwickeln keine eigenen Aktivitäten. Zwei Basisorganisationen (Burgdorf und
97 Laatzen) weigerten sich, sich am Europawahlkampf zu beteiligen.

98

99 Viele Neumitglieder machten durch ihren Eintritt in unsere Partei ihre ersten
100 Erfahrungen mit parteipolitischer Arbeit und in einem Wahlkampf. Sie deutlich stärker
101 einzubinden, muss ein Schwerpunkt unserer weiteren Arbeit sein. Nicht in allen BOen
102 konnten eigenständige Infostände durchgeführt werden. Um z.B. unsere Social-Media-

103 Arbeit auszubauen, ist der Kreisvorstand auf weitere Unterstützung von Genoss*innen
104 angewiesen.

105
106 Weiterhin fehlen dem Kreisverband Diskussionsräume, um über strittige Themen zu
107 diskutieren und sich auszutauschen. Von mehreren Genoss*innen wurde die
108 mangelnde Kommunikation innerhalb der Kreispartei bemängelt.

109
110 Unsere Aufgaben als Kreisverband bestehen darin, als eine wählbare Alternative
111 gegen gesellschaftliche Missstände sichtbar zu werden, Widerstand zu organisieren
112 sowie konkrete Solidaritätsarbeit mit Betroffenen zu leisten und Perspektiven für eine
113 bessere Zukunft aufzuzeigen.

114
115 Unsere politischen Ziele sind, einen positiven Beitrag vor Ort für den Wiedereinzug in
116 den Bundestag 2025 beizutragen und unsere kommunalpolitischen Mandate aus den
117 letzten Kommunalwahlen wiederzuerringen oder zu erweitern.

118
119 Organisationspolitische Ziele der Kreispartei sind die Reaktivierung der
120 Basisorganisationen, Stärkung der Aktivengruppe, Schulung unserer Mitglieder,
121 regelmäßige Treffen der Kommunal-AG und ggf. weiterer inhaltlicher Arbeitsgruppen,
122 Aufbau der Solidaritätsstruktur von Die Linke hilft und der Ausbau der Kommunikation
123 innerhalb der gesamten Partei.

124 125 **Üstra für alle - Nein zu den Fahrpreiserhöhungen**

126 Jedes Jahr im Dezember werden in der Region Hannover die Üstra-Fahrpreise erhöht.
127 Mittlerweile beträgt z.B. eine Tageskarte in allen drei Zonen 10,80 Euro, ein
128 Einzelticket ist in Hannover teurer als in Paris. Solche Preise sind für Menschen mit
129 geringem Einkommen eine Zumutung.

130
131 Ein Neudenken der Verkehrspolitik ist daher überfällig. Auf dem Land ist das Auto
132 leider noch alternativlos und in der Stadt ersticken die Menschen an den Abgasen.
133 Eine echte Verkehrswende muss sozial sein. In unser Mobilitätskonzept beziehen wir
134 die Beschäftigten im ÖPNV, die Pendler*innen, die auf ihr Auto angewiesen sind und
135 die Realität im ländlichen Raum ein.

136
137 Das Deutschlandticket zeigt: Ist der ÖPNV günstiger, wird dieser mehr genutzt. Wir
138 engagieren uns für den Ausbau des Nahverkehrs und wollen einen flächendeckenden,
139 flexiblen, taktstarken und langfristig fahrscheinlosen Nahverkehr.

140
141 Der Kreisverband organisiert im Zeitraum September bis Dezember 2024 Aktionen
142 gegen die geplanten Fahrpreiserhöhungen. Um mit den Menschen ins Gespräch zu
143 kommen und Druck auf die Verantwortlichen zu erhöhen, sollen Unterschriften vor
144 Haltestellen gesammelt werden. Unser Ziel ist, dass BOen im Oktober und November
145 2024 mindestens zwei Infostände mit Unterschriftensammlungen durchführen. Die
146 Aktivengruppe soll bei der Unterschriftensammlung miteinbezogen werden. Die
147 Unterschriftensammlung soll zusätzlich online möglich sein. Der Kreisvorstand gibt
148 dazu Öffentlichkeitsmaterialien (zentraler Flyer, Aufkleber, Plakat und Aufhänger für
149 Straßenbahn und Bus) heraus. Die Aktionen werden durch Pressearbeit und social-
150 media begleitet. Der Kreisvorstand organisiert darüber hinaus einen runden Tisch mit
151 möglichen Bündnispartner*innen, um Unterstützung für unsere
152 Unterschriftensammlung zu organisieren. Abschluss der Aktion sollen ein Antrag

153 gegen die Fahrpreiserhöhungen in der Regionsversammlung und die Übergabe der
154 Unterschriften an den Regionspräsidenten sein.

155

156 **Armut bekämpfen und nicht Erwerbslose!**

157 Statt eine Debatte über gesellschaftlichen Reichtum und Ausbeutung von
158 Arbeitnehmer*innen zu führen, überbieten sich die anderen Parteien in Vorschlägen,
159 wie Erwerbslose härter erniedrigt und gedemütigt werden können.

160

161 In Zusammenarbeit mit unseren Vertreter*innen in den Kommunalparlamenten
162 ergreifen wir Initiativen für die Schaffung von Härtefallfonds für Betroffene von
163 Stromsperrern und Zwangsräumungen sowie die Gewährleistung von kostenlosem
164 Mittagessen an Schulen.

165

166 Wir wollen politischen Druck für soziale Gerechtigkeit machen, aber auch Strukturen
167 schaffen, die Betroffene bei akuten Problemen unterstützen. Dafür will der
168 Kreisvorstand die Struktur „Die Linke hilft“ nutzen. In der Aufbauphase sollen
169 Workshops für Erwerbslose über ihre Rechte und Möglichkeiten der Gegenwehr gegen
170 Sanktionen und Maßnahmen der Jobcenter angeboten werden. Die Workshops sollen
171 in Zusammenarbeit mit den jeweiligen BOen schwerpunktmäßig in Hainholz,
172 Vahrenwald und Linden-Süd beworben werden. Ziel ist, eine feste Struktur mit einem
173 Kreis von verantwortlichen Genossen*innen zu finden, die zukünftig kompetente,
174 regelmäßige Erstberatungen im Kreisbüro durchführen und regelmäßig in den
175 Basisorganisationen mittels Steckaktionen unsere Beratungsangebote bewerben.

176

177 **Miethaie zu Fischstäbchen! Offensive für günstigen Wohnraum!**

178 Allein in den letzten zehn Jahren sind die Angebotsmieten in Hannover um über 55
179 Prozent gestiegen. Es fehlt an bezahlbarem Wohnraum. In Hannover sind derzeit über
180 4000 Menschen ohne festen Wohnsitz, von denen leben ca. 500 auf der Straße.

181 Wir fordern einen Zugang zu freien Wohnungen im Sinne von Housing-First und den
182 weiteren Ausbau der wohnraumerhaltenden Hilfen in der Region Hannover, um
183 Wohnungsverlust präventiv vorzubeugen. Wir setzen uns für die Schaffung eines
184 Härtefall-Fonds ein, der im Notfall Mieter*innen vor drohender Wohnungslosigkeit
185 schützt. Zwangsräumungen aus Gebäuden in kommunalem Eigentum und lukrative
186 Kurzzeitvermietungen (Airbnb) müssen durch kommunale Beschlüsse verboten
187 werden.

188

189 Viele Menschen werden aus der Stadt verdrängt. Wir wollen Alternativen aufzeigen,
190 wie unsere Innenstädte nach den Interessen und Bedürfnissen der Menschen
191 auszurichten sind. Dazu führen wir Gespräche mit den Bewohner*innen und
192 zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich für das Recht auf Wohnen einsetzen und für
193 eine solidarische Stadtgesellschaft eintreten. Veränderung geschieht dabei nicht nur
194 allein durch Stellvertreter*innenpolitik in den Kommunalparlamenten, sondern sie liegt
195 vor allem auch in der Selbstermächtigung der Menschen vor Ort, sich zu organisieren
196 und ihre Sozialräume nach ihren Interessen zu gestalten.

197

198 Wir setzen uns für einen sozialen Wohnungsbau ein, stärken kommunales und
199 genossenschaftliches Wohnen. Als Linke widersetzen wir uns Kapitalinteressen und
200 Wohnungskonzernen. Wir werden uns als Kreisverband für eine Initiative zur
201 Einführung eines bundesweiten Mietendeckels einsetzen und vor Ort Aktionen, wie
202 zum Beispiel Leerstandsstadtrundgänge, durchführen.

203

204 **Stärkung der Mitgliedschaft, Engagement fördern**

205 Stärke heißt: Linke Forderungen durchsetzen können, weil wir dafür Unterstützung
206 gewonnen und Druck aufgebaut haben. Um in diesem Sinne stark zu werden,
207 brauchen wir eine aktive Mitgliederpartei.

208
209 Unser Ziel muss es deshalb sein, mehr unserer Mitglieder für ein aktives Engagement
210 zu gewinnen und die bereits aktiven Genoss*innen in ihrer politischen Entwicklung und
211 Weiterbildung zu unterstützen. Starke Mitglieder bauen eine starke Partei auf.

212
213 Deshalb werden wir in den nächsten zwei Jahre nachdrücklich Wert auf eine
214 praxisbezogene Bildungsarbeit in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und
215 dem Rosa-Luxemburg-Club vor Ort legen, in der wir Grundtechniken der politischen
216 Arbeit (Politische Aktivierung) ebenso vermitteln, wie Grundlagen der sozialistischen
217 Theorie, Geschichte und Praxis.